

Grundsatzprogramm: Mitnahme von Gesellschaft und Wirtschaft in die digitale Transformation



„Trusted WEB 4.0 ist die Integration aller über das Web verfügbaren Ressourcen in ein Gesamtsystem.

Maschinen, Geräte und Menschen sind global erreichbar, in dezentralisierten, anonymisierten Strukturen organisiert.

Trusted WEB 4.0 bildet vordigitale Gesellschaftsstrukturen ab.

Die Wertschöpfungsketten werden neu organisiert.“



Global Institute for Structure relevance,
Anonymity and Decentralization i.G.
EU Transparency Register Nr. 244298340978-40

Webseite: www.gisad.eu

Olaf Berberich
Breiten Dyk 14
47803 Krefeld
Germany
Tel. 0049-2151-3872601
Fax 0049- 2151-7479583

2.Version, September 2020.

Vertraulich. Weitergabe dieses Konzepts nur im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Gesetzgebung, vollziehenden Gewalt, Rechtsprechung, politischen Organisationen und der Forschung.

Die Vorschläge zur Änderung des Grundgesetzes sind mit über 20 Patentanmeldungen und teilweise umgesetzten technischen Konzepten für eine funktionierende digitale Demokratie hinterlegt.

Informationen zum Gesamtkonzept unter <https://gisad.eu/statements/> oder als RSS-Feed unter <https://gisad.eu/feed/>, eine Leistungsbeschreibung unter <https://gisad.eu/faq-und-leistungsebersicht-eu-d-s/> .

Information zu dem Political Designer Olaf Berberich unter <https://komon.de/> .

Inhalt

1. Ziel des Grundsatzprogramms	4
2. GISAD definiert eine ganzheitliche Betrachtung für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft	6
3. Kennzahlen zur gesellschaftlichen Strukturelevanz	7
4. Wer soll gesellschaftliche Strukturelevanz ermitteln?	11
5. Prozessanalysen erforderlich	14
7. Wie optimiert man die digitale Bürgerbeteiligung?	18
8. Bedingungsgebundenes Grundeinkommen zum Erhalt der Demokratie	21
9. Konkrete Umsetzung eines Alle-Bürger-Beteiligungskonzepts	23
10. Anonyme und dezentrale Bürgerbeteiligungsportale gegen Diskriminierung	27
11. Folgende Forderungen der Politik können durch die vorgestellten Konzepte innerhalb der digitalen Transformation umgesetzt werden!.....	30
11.1. Demokratische Maxime am Beispiel Deutschlands.....	31
11.2. Grundlagen für eine zufriedene Gesellschaft	33
11.3. Der richtige Weg.....	38
12. Berücksichtigung der Grundsatzprogramme demokratischer Parteien	41

1. Ziel des Grundsatzprogramms

GISAD initiiert für die EU einen digitalen Marshallplan. Es soll ein Strukturwandel angestoßen werden, um mit vielen Playern ein Digital-System aufzubauen, welches mit den Systemen der amerikanischen Torwächter genauso, wie mit dem chinesischen Social Credit System in Wettbewerb treten kann. Die wirtschaftspolitische Sichtweise soll in diesem GISAD Grundsatzprogramm durch einen Lösungsansatz für den Erhalt der Demokratie in der digitalen Zukunft durch Einbeziehung aller Teile der Gesellschaft ergänzt werden.

Innerhalb der digitalen Transformation besteht eine zunehmende Verunsicherung breiter Bevölkerungsschichten und das Gefühl der eigenen Machtlosigkeit. GISAD will im Folgenden ein System vorstellen, welches Teile dieser Gruppe reaktivieren kann. Laut der Bundeszentrale für politische Bildung¹ liegen „die Gründe für eine im Vergleich zu den bessergestellten Gruppen niedrige Wahlbeteiligung..[]....im mangelnden Zutrauen in eigene Kompetenzen und dem fehlenden Glauben daran, durch politisches Engagement etwas zu bewirken.“

Es ist davon auszugehen, dass die Gruppe der Nichtwähler noch stark zunehmen wird, wenn die Manipulationen im Internet sich weiter verstärken und die Politik zunehmend an Einfluss verliert, weil sie dem Spiel globaler Datenverwerter, wie den Manipulationen durch Geheimdienste, nichts entgegenzusetzen hat. Nicht unwahrscheinlich ist in diesem Zusammenhang auch, dass die bisher befreundete USA wesentlicher Teil des Problems wird.

Wenn sich der Widerstand des amerikanischen Establishments gegen Donald Trump weiter verstärkt, besteht eine erhebliche Gefahr, dass er seinen Einfluss auf die Dienste geltend machen wird, um andere Staaten, insbesondere anders denkende Gruppen über das Internet weltweit zu destabilisieren. Gleichzeitig besteht die Gefahr der Mobilisierung von gesellschaftlichen Randgruppen – hier insbesondere auch der Nichtwähler- für populistische Parteien. Gezielte Falschmeldungen können dann den falschen Eindruck erzeugen, dass endlich eine starke Bewegung die eigenen Interessen vertritt.

¹ <http://www.zdnet.de/88140956/ist-antivirensoftware-eigentlich-nutzlos/>

GISAD will ein System schaffen, in dem Jeder, unabhängig von Alter, Behinderung oder gesellschaftlicher Stellung, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten in die politische Entscheidungsbildung mit einbringen kann. Hierzu bietet die Digitalisierung, richtig eingesetzt, erhebliche Chancen.

GISAD will einen einseitigen sozialen Blick vermeiden. GISAD sucht vielmehr eine WIN-WIN Situation zwischen einer für alle Bürger demokratischen Gesellschaft und einer gewinnorientierten Wirtschaft.

Die Wirtschaft wurde in den letzten Jahrzehnten getrieben durch Prozessoptimierungen mit dem Ziel der Produktivitätssteigerung. Hier sind die Potenziale jedoch weitgehend ausgeschöpft. Wer den Menschen in der Arbeitswelt komplett ersetzen will, übersieht, dass der Mensch letztendlich der einzige Konsument von Dienstleistungen und Produkten auf der Erde bleibt.

Die digitale Transformation greift so tief wie bisher kein Strukturwandel in das Leben aller Menschen ein. Entsprechend gravierend sind die wirtschaftlichen Folgen für Unternehmen, wenn gesellschaftliche Aspekte wie bisher in der betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise keine Beachtung finden.

So wie die Demokratie alle Bürger in ihre Entscheidungen einbinden muss, um nachhaltig überlebensfähig zu sein, so werden auch nur die Unternehmen langfristig überleben, die eine ganzheitliche Sichtweise auf zufriedene Konsumenten entwickeln. Die Gesellschaft ist die Summe aller Konsumenten. Unterschiedlichste Gruppen wie Umweltschützer, Datenschützer, Wettbewerber, Hacker und Frustrierte vernichten heute in kürzester Zeit erhebliche Unternehmenswerte, weil Unternehmen Bedürfnisse der Gesellschaft nicht nachhaltig berücksichtigt haben. Ob Fakenews, Shitstorms, Hacks oder auch einfach Klagen im Diesellabgasskandal, alle diese Reaktionen hätten verhindert werden können, wenn Unternehmen gesellschaftlich relevante Aspekte in der strategischen Unternehmens- und Produktplanung berücksichtigen würden. In der digitalen Transformation werden bisherige Fehlentwicklungen wie unter einer Lupe betrachtet. Durch die globale Vernetzung potenziert sich der Schaden, wenn ein Fehler erst einmal in der Öffentlichkeit – dann meist auch wenig sachlich – diskutiert wird.

2. GISAD definiert eine ganzheitliche Betrachtung für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft



3. Kennzahlen zur gesellschaftlichen Strukturrelevanz

Wichtigstes Instrument zur Bewertung und Prognose des Unternehmenserfolgs sind seine Kennzahlen. Dies sind quantitativ messbare, wichtige unternehmerische Tatbestände.

GISAD fordert, Kennzahlen zur gesellschaftlichen Strukturrelevanz von Produkten und Dienstleistungen zu entwickeln. Das Unternehmen muss sich dabei nicht nur mit sich selbst, sondern auch mit seinem Umfeld beschäftigen. Ähnliche Kennzahlen werden schon in der Wettbewerbsanalyse entwickelt.

Allerdings handelt es sich beim Wettbewerb meist um einen kleinen, dem Unternehmer gut bekannten Bereich.

Kennzahlen zur gesellschaftlichen Strukturrelevanz sind wesentlich schwieriger zu entwickeln. Zuerst müssen die Grundlagen definiert werden.

Gesellschaftliche Strukturrelevanz für Projekte und daraus hervorgehende Produkte und Dienstleistungen hat GISAD bereits durch die nachhaltige positive Auswirkung auf breite Bevölkerungsgruppen bei Erhalt demokratischer Errungenschaften definiert. Demokratische Errungenschaften wiederum definieren sich idealtypisch dadurch, dass bestehende rechtliche Rahmenbedingungen der vordigitalen Gesellschaft nicht angepasst werden müssen. Tatsächlich wird die Gesetzgebung in der digitalen Transformation durch ständig kürzere Innovationszyklen vor neue Herausforderungen gestellt, die sie wegen des großen politischen Drucks im Hauruckverfahren zu regeln versucht.

Dabei entstehen positiven Effekte für einen Teil der Gesellschaft. Für andere Teile der Gesellschaft entstehen jedoch negative Effekte mit gravierenden Einschränkungen von Rechten, insbesondere Freiheitsrechten.

Erste Ansätze in der Betriebswirtschaftslehre bieten zum Beispiel in der STEP-, STEEP- oder PESTLE- Analyse auch die Berücksichtigung von soziologischen und politischen Faktoren. Allerdings gehen diese Analysen immer vom Unternehmen aus und beschränken sich auf die direkten Auswirkungen der geschäftlichen Tätigkeit auf die Gesellschaft.

Besser funktioniert hier schon die Stakeholder-Analyse, die alle an geschäftlichen Transaktionen Beteiligten (eben die Stakeholder) in ein Wertschöpfungskonzept einbindet. Mitarbeiter, Management, Kunden, Lieferanten, etc. erhalten gleichermaßen eine physische Belohnung. Darüber wird angestrebt, dass alle Stakeholder sich mit den Werten und Visionen der Unternehmen identifizieren.

Doch auch dieser Ansatz greift zu kurz. Als Beispiel sei ein Vortrag genannt, in dem darauf hingewiesen wurde, dass die von den DAX-30 Unternehmen beauftragten IT-Security Unternehmen, überwiegend viel Geld verdienen, weil sie wenig Geld in die Entwicklung ihrer Sicherheitssoftware investieren. Das bedeutet sogar, dass die Kunden, also hier die DAX-30 Unternehmen, nach ihrer Investition mit der erworbenen Software schlechter aufgestellt sind, als wenn sie keine Investition getätigt hätten².

Vordergründig wird hier alles richtiggemacht. Die IT- Sicherheitsunternehmen bieten ihren Aktionären eine gute Rendite wegen geringer Forschungs- und Entwicklungskosten. Für das Kreditinstitut, welches ein solches Security-Unternehmen finanziert hat, besteht auf Grund der bisherigen Kennzahlen scheinbar ein sehr geringes Ausfallrisiko. Auch die Identifikation der Stakeholder mit den grundsätzlichen Zielen, die IT sicherer zu machen, fällt nicht schwer.

Trotzdem ist auf Grund der derzeitigen Analysen und Kennzahlen eine erhebliche Fehlentwicklung zu beobachten, die nicht nur für einzelne Unternehmen, sondern auch für ganze Branchen existenzbedrohende Ausmaße annehmen kann. Inzwischen wird bereits gefragt, ob es überhaupt sinnvoll ist, Virensoftware auf dem Rechner einzusetzen³. Eine gesamte Branche läuft also seit Jahren in die falsche Richtung, nur weil man damit bisher sehr gut Geld verdienen konnte. Seit Jahren bekannte bessere Konzepte⁴ werden nicht umgesetzt. Eine ähnliche Entwicklung ist seit Jahren in der Werbeindustrie festzustellen. Werbekunden geben immer

² 8.NRW.Symposium 2017 der NRW.Bank, Vortrag von Dr. Sandro Gayken, Director of the Digital Society Institute, Berlin

³ <http://www.zdnet.de/88140956/ist-antivirensoftware-eigentlich-nutzlos/>

⁴ Olaf Berberich: Trusted WEB 4.0 –Bauplan für die Digitale Gesellschaft, Springer Vieweg 2016

mehr Geld dafür aus, um über immer mehr digitale Kanäle von uninteressierten Konsumenten zum Beispiel durch Adblocker abgewehrt zu werden.

In der Vergangenheit hatten solche Fehlentwicklungen ein erstaunliches Beharrungsvermögen. Solche CEO's und CFO's waren erfolgreich, welche den Blick fest auf die ausreichende Liquidität und den kurzfristigen Return on Invest (RoI) gerichtet hatten und unbeirrt von den tatsächlichen Herausforderungen eine klare Botschaft und Marktstrategie verfolgten.

Allerdings haben sich die Zeiten gerade durch die zentralisierte, unsicher konzipierte IT verändert. Es gibt heute schon Führungskräfte, welche auf Grundlage der vielen Leaks davon ausgehen, dass alles früher oder später herauskommt. Das liegt natürlich auch an der durch die Digitalisierung zunehmend guten Vernetzung aller Menschen und der Möglichkeit Fehlverhalten über Shitstorms derart bekannt zu machen, dass diese für Unternehmen existenzbedrohend werden könnten.

Es wäre eine Überforderung in dem sowieso schon zunehmend komplexen Unternehmensumfeld von CEO's und CFO's zu fordern, jetzt auch noch die gesellschaftliche Strukturrelevanz im Blick zu haben. Diese benötigen genau zwei Kennzahlen, um dann die Möglichkeit zu haben, bei außergewöhnlichen Werten nachzufragen und gegebenenfalls die Produkte anzupassen.

Eine Kennzahl sollte zwischen null und hundert die positive Relevanz für die Entwicklung der durch die Produkteinführung betroffenen Gesellschaft anzeigen. Diese positive Relevanz (PR) wird von GISAD auch als gesellschaftliche Strukturrelevanz bezeichnet. Die meisten Produkte werden eine niedrige positive Relevanz zwischen null und fünf aufweisen. Nur selten wird eine Relevanz über fünfzig zu finden sein.

Hierbei ist noch die zweite Kennzahl notwendig, welche die negativen Auswirkungen auf Teile der Gesellschaft berücksichtigt. Überall da, wo es Gewinner gibt, gibt es auch Verlierer. Die negative Relevanz (NR) sollte keinen Wert über zehn erreichen. Sonst sollte ein Unternehmen sein Produkt überarbeiten, um auch die durch ein Produkt entstehenden Verlierer mit ins Boot zu holen.

Es bietet sich an, beide Kennzahlen unter AGS für „Analyse gesellschaftlicher Strukturrelevanz“ zusammenzufassen. Die Formel lautet dann $AGS = PR - NR$.

Bei einem AGS über fünfzig sollte eine besondere Unterstützung der öffentlichen Hand, wie etwa eine 100% Anfangsfinanzierung oder eine besondere Steuerbefreiung für Investoren angedacht werden.

Auch für Banken sollte der AGS in die zukünftige Bewertung der Kreditvergabe mit einfließen.

Zudem sollten Organisationen verpflichtet sein, wenn sie durch den AGS Vergünstigungen erhalten, den AGS zu veröffentlichen.

4. Wer soll gesellschaftliche Strukturrelevanz ermitteln?

Die vergangenen Fehlentwicklungen wurden insbesondere durch eine zentralisierte IT und das Internet ausgelöst. Die globale Sichtweise von den gesellschaftlichen Wandel verändernden Global Playern dient nicht der individuellen Weiterentwicklung der einzelnen Länder. Im Silicon Valley möchte man nur noch Geschäftsmodelle für Milliarden Menschen entwickeln.

Die bisherige betriebswirtschaftliche Sichtweise und die vorhandenen Managementstrukturen reichen nicht aus, um die gesellschaftliche Strukturrelevanz zu berücksichtigen. Auch unterscheidet sich der Ansatz der gesellschaftlichen Strukturrelevanz grundsätzlich von der klassischen Betriebswirtschaft. Für die gesellschaftliche Strukturrelevanz spielt das Unternehmen selbst erst einmal keine Rolle.

Hier ist auch der wesentliche Unterschied zum Compliance-Manager zu sehen. Dieser überprüft das Verhalten von Regelkonformität innerhalb des Unternehmens. Der Blick ist hier also nur auf das Unternehmen selbst gerichtet. Gesellschaftliche Strukturrelevanz wird nur insofern berücksichtigt, als sie bereits in die aktuelle Gesetzgebung eingeflossen ist.

Unternehmen vor Schäden durch eine Entwicklung ohne nachhaltige Kundenakzeptanz zu bewahren, ist nur ein angenehmer Nebeneffekt, nicht aber die eigentliche Intention des AGS.

Vielmehr geht es hier darum, alle gesellschaftlichen Akteure zu motivieren, an einem Strang zu ziehen, um vordigitale Errungenschaften in die digitale Transformation zu übernehmen. Die digitale Transformation jeder Organisation muss im Sinne eines Zieldreiecks Sicherheit, Gerechtigkeit und Vertrauen gestaltet werden.

Derzeit entsteht der Eindruck eines großen Flickenteppichs an Gesetzen, in dem Unternehmen ständig versuchen, durch ihre Innovationen oder die globalen Möglichkeiten, rechtfreie Räume zu nutzen und das Recht zu umgehen. Damit werden über Hunderte von Jahren entstandene demokratische Normen und Werte

untergraben, anstatt sie weiterzuentwickeln. Hier spielt auch der Dezentralisierungsgedanke eine wesentliche Rolle. Wenn Daten im jeweiligen Rechtsraum gespeichert werden, können sich die Akteure rechtlicher Sanktionen nicht entziehen.

Um gesellschaftliche Strukturelevanz zu definieren, müssen für die einzelnen Bereiche wie Medizin, Straßenverkehr, Privathaushalte die relevanten vordigitale gesellschaftlichen Errungenschaften analysiert und festgehalten werden.

So werden Privatsphäre, Selbstbestimmung, Ruhe vor digitaler Störung und vieles andere für einen oft zweifelhaften Nutzen eingetauscht.

Erst wenn man sich die Vor- und Nachteile bewusstgemacht hat, kann man den positiven oder negativen Wert für die gesellschaftliche Strukturelevanz durch ein Produkt definieren.

Zum Beispiel mag permanente Videoüberwachung in der Pflege eine erhebliche Erleichterung für die Pfleger mit sich bringen, was bedeutet sie aber für die Freiheitsrechte der Überwachten?

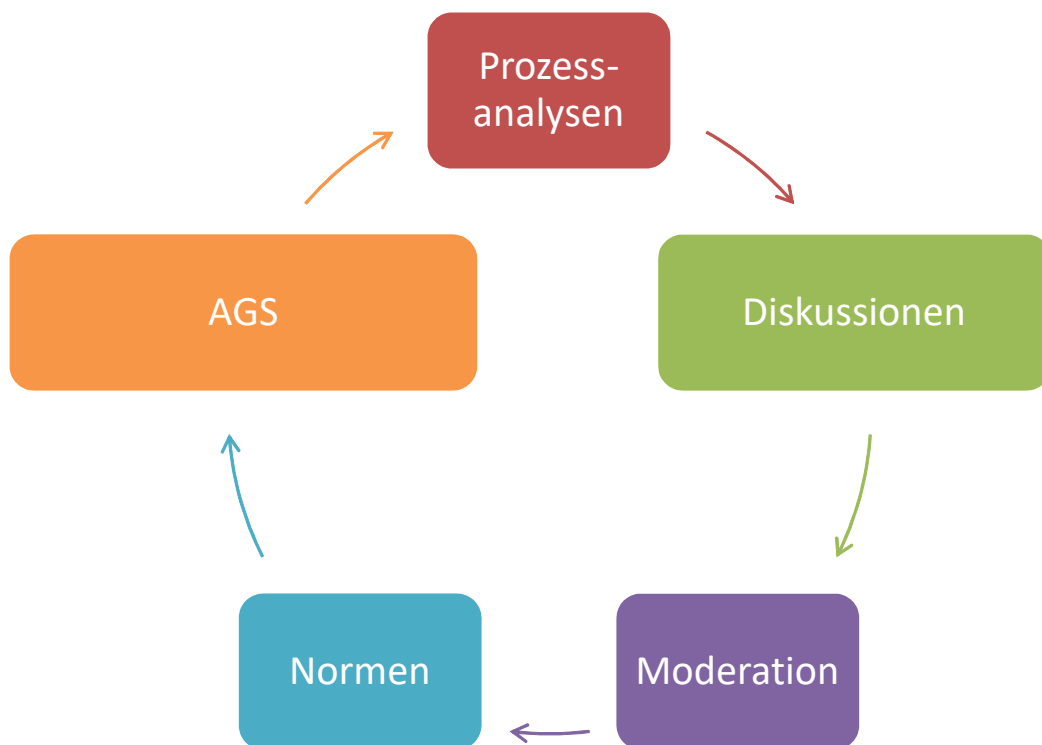
Die Bestimmung des AGS wird also in der Regel, zumindest beim Mittelstand, nicht innerhalb einer Organisation, sondern von einem externen, speziell für die Erstellung des AGS zertifizierten und spezialisierten Unternehmen durchgeführt. GISAD ist das erste Institut, welches sich mit einer Kennzahl für gesellschaftliche Strukturelevanz beschäftigt.

In größeren Unternehmen bietet sich an, auf Vorstandsebene einen Chief Society Officer einzuführen. Bei einer intensiven Internetrecherche waren unter dieser Abkürzung CSO ein Chief Security Officer und sogar ein Chief Social Media Officer zu finden.

Es war aber keine Überraschung, dass es den Chief Society Officer nicht gibt. Je Rechtsraum sollte ein eigener Society Manager eingesetzt werden. GISAD ist überzeugt, dass es sich nachhaltig rechnet, wenn man die jeweiligen gesellschaftlichen Unterschiede in der Modifikation eines Geschäftskonzepts berücksichtigt. Der AGS muss jedenfalls für jeden Rechtsraum neu ermittelt werden.

Auch kann die Bewertung gesellschaftlicher Strukturelevanz nicht ohne ein breites Basiswissen ermittelt werden.

Möglichst viele Teile der Gesellschaft müssen an den Bewertungsgrundlagen von gesellschaftlicher Strukturrelevanz mitwirken. Im Ergebnis erhalten hierdurch nicht nur Unternehmen, sondern auch die Politik verlässliche Hinweise auf die gesellschaftliche Relevanz ihrer Maßnahmen und werden in das im Folgenden vorgestellte Konzept mit eingebunden.



© www.gisad.eu

5. Prozessanalysen erforderlich

Für die einzelnen Bereiche, die von der digitalen Transformation betroffen sind, müssen erst einmal die Prozesse analysiert und definiert werden, welche digitalisiert werden sollen. Bei jedem Prozess sollten dann die am Markt verfügbaren Geschäftskonzepte und Produkte als alternative Möglichkeiten aufgelistet werden. Im Gegensatz zu einer betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise dürfen bei der Ermittlung der gesellschaftlichen Strukturrelevanz der definierte Endkundenpreis und betriebswirtschaftliche Kennzahlen, wie der ROI, keine Rolle spielen. Diese Faktoren werden erst im Zusammenspiel aller Kennzahlen berücksichtigt.

Es sind zudem objektive Kriterien und Vorgehensweisen zu entwickeln, wie die im Rahmen von Big Data verfügbaren Informationen in die Bewertung mit einfließen können. Personenbezogene Daten werden hierfür nicht benötigt.

Zur Analyse wird in Zukunft zunehmend künstliche Intelligenz (KI) eingesetzt werden. Gegen den Einsatz von künstlicher Intelligenz ist solange nichts einzuwenden, wie der KI nur Daten aus einem Bereich zur Verfügung stehen und nicht das Ziel besteht eine mit dem Menschen vergleichbare Omnipotenz abzubilden⁵. Automatische Analysen dürfen zudem niemals als alleiniges Kriterium zur Erstellung des AGS benutzt werden, sondern nur als Teil in die menschliche Bewertung mit einfließen.

⁵ <http://blog.get-primus.net/kuenstliche-intelligenz-diener-oder-beherrscher-des-menschen/>

6. Einbindung aller gesellschaftlich relevanten Teile in die Diskussion

Trotz ausgeklügelten Umfragesystemen und soziologischen Analysen wurden weder der Brexit noch die Wahl von Donald Trump vorhergesagt.

Dies ist ein deutliches Anzeichen dafür, dass sich Politiker zunehmend vom Dialog mit den Wählern entfernen. Es fehlen auch Instrumente der permanenten breiten Bürgerbeteiligung. Umfragen des sogenannten Durchschnitts durch die Bevölkerung sind nicht mehr repräsentativ, da nur die an einer Befragung teilnehmen, die sich hiervon etwas versprechen.

Der sogenannte arabische Frühling konnte durch die weite Verbreitung von Smartphones und Social Media ausgelöst werden. Insofern wurden diese digitalen Mittel zuerst als Treiber der Demokratie durch Aktivierung breiter Bevölkerungsteile verstanden. Hierbei handelte es sich aber wohl eher um eine Übergangsphase, in der die Möglichkeiten der Manipulation von Social Media noch nicht bekannt waren.

Neuerdings wird Social Media, hier insbesondere Facebook, immer mehr im Zusammenhang mit Demokratie fernen Effekten gesehen.

Diktatoren und solche, die es werden wollen, benutzen zunehmend das Internet und Social Media für eine ausgeklügelte Propaganda durch Fakenews etc..

Bei Suchmaschinen besteht grundsätzlich die Möglichkeit, unterschiedlichen Zielgruppen unterschiedliche Informationen anzuzeigen⁶. In Zusammenhang mit Falschmeldungen ist es so möglich, beliebige Volksgruppen gegen einander aufzuhetzen, Wahlen zu manipulieren und sogar Bürgerkriege zu initiieren.

Wer nicht an Wahlen teilnimmt, wird in der Regel auch nicht in die Diskussion über die optimale gesellschaftliche Ausformung der digitalen Transformation einzubinden sein.

⁶ <http://blog.get-primus.net/demokratie-wer-bisher-gemahnt-hat-muss-mehr-tun-sonst-geht-es-ihm-an-den-kragen/>

Um zu verstehen, warum breite Teile der Bevölkerung sich durch Politik nicht mehr angesprochen fühlen, lohnt es sich, die Motivation von Nichtwählern etwas genauer zu betrachten.

Nach Analyse der Bundeszentrale für Politische Bildung gibt es vier Gruppen von Nichtwählern.

- Die „unechten Nichtwähler“ sind auf Grund von Umzug oder Auslandsaufenthalt verhindert. Diese Gruppe muss in der digitalen Transformation durch eine digitale einfache Wahlmöglichkeit eingebunden werden. Dies ist mit dem an anderer Stelle bereits vorgestellten persönlichen digitalen System möglich⁷. Genau wie bei allen anderen sozialen Gruppen ist zudem in der digitalen Transformation die Möglichkeit einer permanenten Bürgerbeteiligung unabhängig vom Aufenthaltsort zu schaffen.
- Die „grundsätzlichen Nichtwähler“ fühlen sich von der Politik nicht vertreten und meist auch nicht in die Gesellschaft integriert. Die digitale Transformation ist dann erfolgreich, wenn neue Konzepte entwickelt werden, welche diese Gruppe in einen konstruktiven Dialog einbinden. Optimalerweise wird die soziale Kompetenz und das Selbstvertrauen der Betroffenen hierdurch so gestärkt, dass sie sich aus ihrer prekären Situation befreien können. Hierauf wird bei dem vorgestellten Modell der digitalen Bürgerbeteiligung noch weiter eingegangen werden.
- Die „konjunkturellen Nichtwähler“ entscheiden je nach persönlicher Wichtigkeit der Wahl, ob sie wählen gehen oder nicht. Auch hier kann angenommen werden, dass die Beteiligung an der gesellschaftlichen Entwicklung wesentlich größer ist, wenn diese in inhaltlich ausdifferenzierten Bürgerbeteiligungen besser auf die individuelle Bedürfnislage zugeschnitten ist.
- Die „bekennenden Nichtwähler“ sind informiert, aber mit der Politik unzufrieden. Hier kann davon ausgegangen werden, dass auch diese in den politischen Prozess eingebunden werden können, wenn sie mehr Möglichkeit haben, die Politik mitzugestalten.

⁷ Olaf Berberich: Trusted WEB 4.0 –Bauplan für die Digitale Gesellschaft, Springer Vieweg 2016

Die digitale Transformation wird alle Teile der Gesellschaft durchdringen.

Es müssen in immer kürzerer Zeit eine Vielzahl von Entscheidungen getroffen werden. Politiker sind nicht mehr in der Lage, sich mit den einzelnen Teilbereichen in der nötigen Tiefe zu beschäftigen. Deshalb sind sie geneigt, den Interessensgruppen nachzugeben, die über einfache und vordergründig überzeugende Argumente verfügen. Vereinfachte, weil einseitige Vorschläge, sind oft hoch qualifizierten Marketingexperten zu verdanken und nicht für die Erarbeitung einer echten WIN-WIN Situation für alle gesellschaftlich relevanten Gruppen zuträglich. Jedoch zeigt das Scheitern der Partei „Die Piraten“, dass andererseits das Fachwissen in einem Bereich nicht reicht, um sich langfristig in der Politik zu behaupten.

Anstelle die Politiker zu ersetzen, sind auch diesen, genau wie den Unternehmen über das Einbeziehen einer Bürgerbeteiligungsinstanz, präzise Informationen über den demokratischen Willen zur Verfügung zu stellen.

Hierbei darf Bürgerbeteiligung nicht nur als spontane Kundgebung im Rahmen von Shitstorms funktionieren, sondern muss eine feste Instanz innerhalb der digitalisierten Gesellschaft werden.

7. Wie optimiert man die digitale Bürgerbeteiligung?

Davon ausgehend, dass durch die derzeitigen Tendenzen digitaler Fehlentwicklungen die demokratische Gesellschaft und die Freiheitsrechte der Bürger durch zunehmende Überwachung und Manipulationen in ihren Grundfesten bedroht sind, muss der Bürgerbeteiligung und dem Erhalt repräsentativer Informationen vom Staat eine zentrale Bedeutung eingeräumt werden.

Will man die Bürgerbeteiligung instrumentalisieren, so muss man einen rechtlichen Rahmen schaffen, um eine dauerhafte Mitarbeit gerade der derzeit ausgeschlossenen Teile der Gesellschaft sicherzustellen.

Auf den ersten Blick gibt es zuhauf Portale, die jedem Bürger die Möglichkeit geben, sich zu beteiligen. Es gibt die Möglichkeit, sich an Petitionen zu beteiligen, zu Zeitungen Kommentare zu verfassen oder sich in den sozialen Medien zu äußern. Auch wenn diese Vielfalt zukünftig, wie oben beschrieben, mit Hilfe von künstlicher Intelligenz besser analysiert werden kann, fehlt hier doch die qualifizierte weiterführende Diskussion.

Wenn jeder sich über alles äußert, werden zudem immer weniger Fakten berücksichtigt und auf Grund einer emotionalen Stimmung einer zufällig zur Äußerung motivierten Gruppe der Politik Entscheidungsvorlagen übermittelt.

Zudem ist davon auszugehen, dass sich sowieso nur die jeweilige Diskussion bestimmenden Teile der Bevölkerung zu Wort melden. Die von der Gesellschaft durch fehlende sprachliche Kompetenz, Herkunft, prekäre Beschäftigung, Behinderung oder Alter ausgeschlossenen Teile beteiligen sich nicht oder erst dann, wenn sie durch Wahl einer populistischen Partei ihrer Unzufriedenheit Ausdruck geben.

Es werden also für alle Bereiche des Lebens Experten gebraucht, die in der jeweiligen Kategorie die Informationsströme bewerten und kanalisieren. Idealerweise werden diese Experten gerade aus den Nichtwählern gewonnen. Es scheint auf den ersten Blick paradox zu sein, dass gerade jemand, der nicht in die Gesellschaft integriert ist, der Politik zuarbeiten soll.

Diese B-Experten sollen nicht selbst Inhalte erstellen, sondern in zugewiesenen Bereichen die Inhalte (einer Kategorie) einer Community organisieren.

Dies kann nur funktionieren, wenn diese Arbeit

- keine Berufsausbildung voraussetzt,
- keine hohe aktive sprachliche (rhetorische) Kompetenz erfordert,
- durch Anonymität jegliche Stigmatisierung wegen Aussehen, Alter oder Herkunft ausschließt,
- sich auf einen klar definierten Bereich (Kategorie) begrenzt, die eine Spezialisierung als Experte zulässt,
- in einem Rahmen erfolgt, in dem sich alle Beteiligten abhängig von der eigenen Arbeitsgeschwindigkeit und Leistungsfähigkeit einbringen können, ohne sich um ihr Grundeinkommen sorgen zu müssen,
- echte Verantwortung und damit soziale Anerkennung mit sich bringt.

Es ist davon auszugehen, dass diese B-Experten einen wesentlichen Teil ihrer wöchentlichen Zeit mit der Organisation der Community zubringen werden.

Um insbesondere auch die sich in prekären Arbeitsverhältnissen Befindlichen einzubinden, schlägt GISAD eine Aufstockung von 400 € je Monat für jeden B-Experten als bedingungsgebundenes Digital-Bürgergeld auf einen sozialen Grundbetrag vor. Dieser Betrag überschreitet dem unteren Bereich des einer Petition vorgeschlagenen bedingungslosen Grundeinkommens⁸

Ein Nachweis der geleisteten Arbeitsstunden wird nicht erwartet. Es wird davon ausgegangen, dass der soziale Druck der Community und der Politik groß genug ist, dass eine entsprechende Arbeit erbracht wird. Hierzu sind noch einfache technische Verfahren zu ermitteln, über welche Leistungsverweigerung von Leistungsunfähigkeit unterschieden werden kann.

⁸ https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/31904334_kw45_pa_petitionen/203030

Dieses System kommt übrigens den Ursprüngen der Demokratie in Athen nahe, in dem die Regierungsmitglieder ausgelost wurden⁹. Ein solches System würde aber heute nicht mehr, wie in „DIE Zeit“ vorgeschlagen, funktionieren, weil die Vielfalt und Komplexität der Themen es heute meist nicht mehr zulassen, dass jeder über alles entscheidet. Das Problem ist ja gerade, dass Berufspolitiker zu jedem Thema einfache volksnahe, aber trotzdem nicht triviale Antworten erwarten.

Die folgenden drei Beispiele zeigen, wie die für den Einzelnen unterschiedlichen Anreize zu einer nachhaltigen Teilnahme am demokratischen System führen.

Da ist die alleinerziehende Mutter, die für ihr Kind viel Zeit braucht und keine adäquate Stelle findet. Als B-Expertin kann Sie ihre Arbeit von Zuhause aus machen und ist über das Digital-Bürgergeld finanziert. Hierdurch erhält sie die Reputation, um nach einer gewissen Zeit wieder ins Berufsleben einzusteigen.

Da ist der nicht ausgefüllte Rentner. Er wird sich in dem Bereich bewegen, den er kennt. Ihm geht es vor allem um die Einbindung in die Gesellschaft. Auch bei ihm sollte eine monetäre Anerkennung, wie zum Beispiel eine bessere Absicherung im Pflegefall, überlegt werden. Viele Rentner verlieren heute ihr gesamtes Vermögen, wenn ein Heimaufenthalt nötig, aber nicht bezahlbar, wird. Möglicherweise wird diese Diskussion aber im Rahmen der Einführung des Grundeinkommens anders gelöst.

Da ist der 25 Jährige ohne Berufsabschluss. Er hat seinem Hobby viel Zeit gewidmet und kennt sich in diesem Bereich für einen B-Experten ausreichend gut aus. Allerdings traut ihm niemand ohne Schulabschluss etwas zu. Er bleibt solange B-Experte, bis der Arbeitsmarkt auf ihn aufmerksam wird.

Der letzte Fall ist sicher nicht die Regel. Allerdings die, die es schaffen, werden zum Vorbild für alle und Multiplikator für alle, dass sie es auch schaffen können.

⁹ <http://www.zeit.de/2017/04/rechtspopulismus-demokratie-wahlen-buergerversammlungen-politisches-system-griechenland/seite-7>

8. Bedingungsgebundenes Grundeinkommen zum Erhalt der Demokratie

Aus einem solchen Konzept sollte in einem zweiten Schritt ein System für alle entwickelt werden, in dem es zwar kein bedingungsloses Grundeinkommen gibt, bei dem aber jeder, abhängig von seiner Leistungsfähigkeit bei einer grundsätzlichen Leistungsbereitschaft dieses Grundeinkommen erhält.

Das Grundeinkommen wird derzeit von vielen¹⁰ als Steuerreform angesehen, welche alle sozialpolitischen Transfers ersetzt und dadurch einfacher und gerechter ist.

Man sollte bei der Umstellung die Chance nutzen, darüber hinaus durch eine erwartete, aber nicht durch Behörden überprüfte Gegenleistung der B-Experten, breite Teile der Gesellschaft für den demokratischen Prozess einzubinden.

Deshalb lehnt GISAD das bedingungslose Grundeinkommen ab.

- Reine Sozialleistungen stellen die Menschenwürde in Frage, da sie weiterhin zwischen in sinnvolle Arbeit eingebundenen und nicht integrierten Menschen unterscheiden.
- Gemäß der Vermächtnisstudie der Zeit¹¹ fürchten die Menschen mehr als Krieg, in Zukunft kein selbstbestimmtes Leben mehr führen zu können. Eine aktive Mitbestimmung der gesellschaftlichen Entwicklung ist also jedem grundsätzlich wichtig. Es fehlt nur die Möglichkeit dazu.
- Über die Arbeit definieren sich die Einzelnen selbst und möchten einen wichtigen Gegenwert für das erhaltene Geld leisten. Das Grundeinkommen muss also von einer, wenn auch leistungsgemäß noch so kleinen Gegenleistung – optimaler Weise für den Erhalt der Demokratie - abhängig sein, damit der Lohnempfänger sich nicht wie ein Almosenempfänger fühlt.

¹⁰ <http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-02/thomas-straubhaar-buch-bedingungsloses-grundeinkommen-aus-zug/seite-2>

¹¹ www.zeit.de/serie/das-vermaechtnis

Es gibt zwei wesentliche Voraussetzungen, um ein solches Konzept zu realisieren:

- Jeder muss den gleichen, einfachen, sicheren und anonymen Zugang zum Internet erhalten¹², welcher auf seine individuellen Barrieren (aufgrund von Einschränkungen) Rücksicht nimmt.
- Soweit irgendwie möglich, muss jeder¹³ am digitalen demokratischen Prozess teilhaben können. Die Ergebnisse aus dieser Teilhabe müssen mit einer Verbindlichkeit in den politischen Entscheidungsprozess einfließen.

Die Kosten für die staatliche Kontrolle reduzieren sich auf die Kontrolle, ob bei der grundsätzlichen Verweigerung einer Leistung ein entsprechendes Attest vorliegt, dass aus gesundheitlichen Gründen eine solche Leistung nicht erbracht werden kann. Für diese Gruppe ist nichts an einem bedingungslosen Grundeinkommen auszusetzen.

¹² Die Finanzierbarkeit wurde bereits in der GISAD Stellungnahme zu: Industriepolitische Leitlinien NRW (Deutschland) beschrieben.

¹³ Sicherlich wird man den Begriff „jeder“ noch näher definieren müssen. Bestimmte kognitive Voraussetzungen, wie das Begreifen des Konzepts der Mitbestimmung sind natürlich notwendig. Nach entsprechendem ärztlichem Attest könnte ein Grundeinkommen auch ohne Gegenleistung gewährt werden.

9. Konkrete Umsetzung eines Alle-Bürger-Beteiligungskonzepts

Will man Bürger unabhängig von ihrer Leistungsfähigkeit einbinden, so bedarf es hierzu mehrere Schwierigkeitsgrade der digitalen Arbeit.

Während bisher die digitale Transformation vor allem dazu genutzt wurde, einfache Arbeiten wegzurationalisieren, bietet gerade die Digitalisierung auch die Möglichkeit, Arbeit in verschiedene Arbeitsschritte von schwer bis einfach aufzuteilen. Wenn es darum geht, Menschen, die der Sozialstaat sowieso finanzieren muss, in die Gesellschaft einzubinden, dann muss der Prozessoptimierungswunsch ersetzt werden, durch den Wunsch für jeden eine adäquate Aufgabe zu bieten.

Die unterste Ebene der Teilhabe wäre die Selektion von Internet-Links in drei Bereiche.

Hier wird unterschieden zwischen „für die Kategorie passend“, „für die Kategorie unpassend“, „zur Prüfung (ob strafbar oder Fakenews)“.

Links können zu Beiträgen von Social Media Portalen genauso führen, wie zu Zeitungsbeiträgen oder normalen Websites.

Für diese Arbeit ist das grundsätzliche Verständnis der Information (Text, Video, Audio) erforderlich. Allerdings können hier technische Assistenzsysteme entwickelt werden, die zum Beispiel durch Analyse relevanter Schlüsselwörter auf den möglichen strafbaren Inhalt einer Information hinweisen. Da die Zeit keine Rolle spielt, in der eine Aufgabe erledigt wird, können auch der Sprache noch nicht mächtige Immigranten zu einer solchen Aufgabe herangezogen werden. Um grundsätzlich einem Text die richtige Kategorie zuzuordnen, kann sich dieser mit Übersetzungsprogrammen weiterhelfen. Auf ein perfektes Ergebnis kommt es nicht an. Die Qualität der Ergebnisse wird durch die Redundanz und die Mehrstufigkeit erreicht.

Überarbeiten zehn B-Experten die gleiche Information und kommen acht zum gleichen Ergebnis, ist das Ergebnis mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit richtig.

Sind es nur fünf, sollten die Ergebnisse von der nächsthöheren Qualifizierungsstufe überprüft werden. Auf einer noch höheren Qualifizierungsstufe entscheidet

ein B-Experte mit juristischen Vorkenntnissen über die Strafrelevanz und meldet diese. Diese sind nur Beispiele, welche innerhalb der Entwicklung des Bürgerbeteiligungssystems dann weiter ausdifferenziert werden können.

Diese Ergebnisse werden immer höhere gesellschaftliche Strukturrelevanz haben als die eines automatischen Algorithmus. Breite Teile der Bevölkerung werden in den Informationsbeschaffungs- und Informationsanalyseprozess eingebunden. Würden nur die vorhandenen Daten analysiert, wären die Ergebnisse schon deshalb schlechter, da nicht die durchaus unterschiedlichen Denk- und Entscheidungsprozesse aller Teile der Gesellschaft berücksichtigt würden. Bewertungsabweichungen bei der Bewertung durch mehrere B-Experten müssen genau untersucht werden. Handelt es sich möglicherweise gar nicht um einen Bewertungsfehler, sondern um die unterschiedliche Sichtweise auf Grund des gesellschaftlichen Hintergrunds?

Werden die Ziele der Forschung und Entwicklung erst einmal auf die Einbindung möglichst aller Teile der Gesellschaft in die zu entwickelnden Systeme angepasst, so wird schon dadurch verhindert, dass in Zukunft die Technik den Menschen beherrscht.

Bis auf die Rentner sollten alle das Ziel haben, als B-Experte die Qualifikation für den ersten Arbeitsmarkt zu erhalten, wo sie dann leistungsgerecht bezahlt werden. B-Experten erhalten unabhängig von ihrer Qualifizierungsstufe alle das Einheitsgrundgehalt.

In dem B-Expertenstadium geht es darum, bei den Beteiligten die innere Motivation und das Selbstbewusstsein in einem vor den Anforderungen des regulären Arbeitsmarktes geschützten Bereich zu stärken. So sind viele nach einer individuell unterschiedlichen Zeitspanne wieder den Leistungsanforderungen des normalen Arbeitsmarkts gewachsen.

Wollen Medien in dem demokratischen Entscheidungsbereich eingebunden sein, so müssen sie eine Möglichkeit schaffen, alle neue Beiträge als Link in die Bürgerbeteiligungsportale einfließen zu lassen. Ein aktueller Trend für Unternehmen, Kunden besser kennen zu lernen ist Social Listening. Also das automatische Zuhören und Analysieren, was die Kunden denken. Diese Informationen sind auch für die Politik äußerst interessant, werden aber von Social Media Portalen derzeit als Wettbewerbsvorteil nur gegen Geld herausgegeben.

Wer also in dem Bürgerbeteiligungssystem mit seinen Inhalten repräsentiert werden will, muss aktiv eine Möglichkeit hierzu zur Verfügung stellen.

Nicht mehr die Suchmaschinen haben die Macht, sondern die Bürgerbeteiligungsportale und damit die Demokratie. Die Auswertungsdaten müssen allen zugänglich sein!

Allerdings müssen die Urheber der Daten auch immer in der Lage sein, den von ihnen gesetzten Link wieder selbst zu löschen, ohne jemand fragen zu müssen. Hierdurch werden auch Urheberverletzungen weitgehend vermieden.

Dabei sollten alle personalisierbaren Bestandteile entfernt werden, zumindest wenn es sich um private Seiten handelt.

Die Inhalte hinter den selektierten Links der einzelnen Kategorien können dann mit auf die jeweilige Kategorie zugeschnittenen KI Systemen im Zusammenspiel mit den B-Experten ausgewertet werden, um der Politik einen Überblick über Probleme als Entscheidungsvorlagen zur Verfügung zu stellen.

Die Politik kann bestimmte Fragestellungen an Diskussionsforen zurückgeben. Dies können auch Foren Dritter wie Zeitungen und Onlineportale sein.

Qualifiziertere Aufgaben eines B-Experten können hier in der Moderation von Diskussionen und in der Erstellung einzelner Diskussionsbeiträge bestehen.

Wichtig ist, dass die Foren Dritter so in die Bürgerbeteiligungsportale eingebunden sind, dass die anonyme Moderation durch B-Experten innerhalb der jeweiligen Kategorie möglich ist.

Ein erstes Pilotprojekt zu einem anonymen Reputationsportal wurde bereits unter dem Namen getmysense durchgeführt¹⁴.

Hieraus übernommen werden sollte die Aufteilung der Bürgerbeteiligungsportale in ca. 1000 Kategorien. Hiermit lassen sich alle Bereiche des Lebens abbilden. Die Kategorien wurden bereits mit aufwendigen empirischen Untersuchungen 1999 bis 2001 vom Medienforschungsinstitut GraTeach entwickelt¹⁵. Mehr Kategorien wären in der Differenzierung nicht mehr beherrschbar, weniger nicht differenziert genug.

Zuerst sollten 100 Test-B-Experten jeweils 10 Kategorien bearbeiten. In einem zweiten Schritt ist dann jeweils ein Experte für eine der 1.000 Kategorien zuständig. In einem dritten Schritt wird eine zehnfache Redundanz eingeführt. Also zehn B-Experten bearbeiten die gleichen Links. Es sind also schon 10.000 Menschen eingebunden. Danach sollten die einzelnen Kategorien regionalisiert werden. Durch die Regionalisierung und die Aufteilung in weitere Arbeitsschritte, könnten alle Sozialleistungsempfänger eingebunden werden.

Es ist zu erwarten, dass diese diskriminierungsfreie und zeitlich nicht begrenzte, auf Lern- und Leistungsgeschwindigkeit der Einzelnen angepasste Integration für viele in die anschließende Arbeitsaufnahmen im regulären Arbeitsmarkt mündet. Wenn Daten das Gold der Zukunft sind, dann kann eine Gesellschaft gar nicht zu viel in die Qualität der Erstellung dieser Daten investieren. Wichtig ist, dass hieraus gewonnene hochwertige Informationen allen gleichermaßen zur Verfügung stehen und nicht nur einigen wenigen globalen Playern.

Die Analyseergebnisse sollten also öffentlich sein.

¹⁴ Das Projekt www.getmysense.com wurde mit einem noch nicht optimierten Design mit einer kleinen Nutzergruppe vollfunktionsfähig erprobt. Siehe hierzu blog.get-primus.net/gettimenet-gmbh-mit-trusted-web-4-0-portfolio-sucht-kaeuer/

¹⁵ www.grateach.de

10. Anonyme und dezentrale Bürgerbeteiligungsportale gegen Diskriminierung

Grundsätzlich geht es bei den Bürgerbeteiligungsportalen, auch um den Zweiteffekt für die B-Experten, sich potenziellen Arbeitgebern gegenüber möglichst positiv darzustellen. Hierdurch ist teilweise eine spätere Integration in den regulären Arbeitsmarkt möglich.

Alle Inhalte, auch von Seiten wie Facebook, Xing, LinkedIn, etc., also von allen Inhalte-Anbietern, die in den Prozess der Informations-Zuarbeit für Politik und Wirtschaft eingebunden sein wollen, werden in den Bürgerbeteiligungsportalen sortiert und analysiert. Die B-Experten führen diese Arbeiten durch. Die von ihnen erstellten Linklisten sind öffentlich. Sie werden einem anonymen Profil, zum Beispiel mit dem Namen Kategorie+Nummer zugeordnet.

Im Unterschied zu vorhandenen Reputationsportalen wie XING und LinkedIn sind die B-Experten anonym. Nur ihre Arbeitsergebnisse sind sichtbar. Arbeitgebern gegenüber können sie sich jedoch mit der Kategorie+Nummer ausweisen, so dass ein potenzieller Arbeitgeber genau die durchgeführte Arbeit bewerten kann. Es weiß nur nicht, wie viel Zeit der Einzelne für die Erstellung benötigt hat.

Bisherige Reputationsportale sind der oberen Mittelschicht vorbehalten. Eine gute schriftsprachliche Fähigkeit und vorzugsweise ein Studium sind Voraussetzung dafür, bei solchen Portalen wahrgenommen zu werden.

Die Fragen „Wer ist das“, „wie sieht sie/er aus“ und „was hat sie/er für Kontakte“, stehen im Vordergrund.

In die Gesellschaft nicht eingebundene Gruppen werden durch die von diesen Portalen geforderte präzise Darstellung der für die Integration in die Gesellschaft nötigen Nachweise sogar ausgegrenzt.

Will man also alle Teile der Gesellschaft zur digitalen Bürgerbeteiligung aktivieren, so ist nicht nur das Weglassen der direkten persönlichen Daten wie Name,

Bild, Adresse, Alter nötig, sondern es dürfen auch keine indirekten Hinweise zur Verfügung gestellt werden, auf Basis derer eine Personalisierung und Rückschlüsse auf den gesellschaftlichen Status vorgenommen werden könnte. Hierzu gehören Lebenslauf, Ausbildung, Freundeskreis, Verlinkung von privaten Freizeitaktivitäten, etc. .

Bereits wenige Merkmale reichen aus, um eine Person eindeutig identifizieren zu können. Diese Identifizierung kann man wesentlich erschweren, in dem die unterschiedlichen Interessen in unterschiedlichen Bereichen auf unterschiedlichen Kategorien-Servern gespeichert werden. Zwischen diesen Daten wird in der Auswertung keine Beziehung hergestellt.

So wird vermieden, dass ein Gesamtprofil erstellt wird, welches, wie in der zentralen Datenspeicherung immer mehr zu sehen, ein lückenloses Personenprofil vom Tagesablauf bis zum kompletten Kaufverhalten und damit den gläsernen Menschen abbildet.

Für die B-Experten ist die vollständige Anonymität obligatorisch. Auch soll über die an den jeweiligen Workflow zweckgebundene Interaktion hinaus keine direkte Kontaktaufnahme mit dem B-Experten möglich sein, um jede Möglichkeit der Beeinflussung zu vermeiden.

Die Urheber von Links, die diese manuell in das Bürgerbeteiligungsportal eingeben oder automatisch - wie heute durch RSS-Feeds möglich – können entscheiden, ob sie über einen Eintrag im Bürgerbeteiligungsportal anonym erreicht werden wollen und ob zum jeweiligen Link Werbung gesendet werden darf. Die Werbung wird an den unter einem Aliasnamen sichtbaren Eintrag gesendet. Auf Wunsch eines Inhalte-Anbieters können alle seine Links in einer Liste als Reputationsprofil angezeigt werden. Der Werbeempfänger zeigt durch seine mit den Links verknüpften Inhalte seine Interessen, kann aber für den Werbetreibenden anonym bleiben.

Die Reputation eines Einzelnen leitet sich so lediglich durch die Qualität der mit dem anonymen Profil verknüpften Inhalte ab. Die Qualität der B-Experten leitet sich davon ab, wie sie diese Links zugeordnet oder Inhalte moderiert haben.

Durch die obligatorische Verknüpfung mit einem „Persönlichen Digitalen System“¹⁶ ist im Falle von Rechtsverstößen ein dezentral abgespeicherter Schlüssel vorhanden, über den in berechtigten Einzelfällen regionale Rechtsinstanzen eine Personalisierung vornehmen können.

So kann auch die Impressumspflicht für diejenigen entfallen, die auf ihrer Webseite auf ihren anonymen Eintrag im Bürgerbeteiligungsportal verweisen. Die Richtigkeit dieser Angabe kann automatisch verifiziert werden, da ja die mit dem Eintrag verknüpften Links identisch mit den impressumspflichtigen Seiten sein müssen.

Es sind zudem manuelle und automatische Verfahren zu entwickeln, um die Qualitätsbewertung durch E-Experten aber auch Inhalte-Anbieter des Bürgerbeteiligungsportals in einem Rankingwert darzustellen.

Während die B-Experten der Beteiligungsportale durch das Grundeinkommen finanziert sind, sollten die restlichen Kosten, wie Verwaltungs-Overhead, Entwicklungs- und Betriebskosten der Portale über Crowdfunding finanziert werden. Für dieses Konzept wird der AGS auf jeden Fall so hoch liegen, dass eine 100% Ausfallbürgschaft (ohne persönliche Rückbürgschaften) durch die öffentliche Hand hierfür übernommen werden kann.

¹⁶ Olaf Berberich: Trusted WEB 4.0 –Bauplan für die Digitale Gesellschaft, Springer Vieweg 2016

11. Folgende Forderungen der Politik können durch die vorgestellten Konzepte innerhalb der digitalen Transformation umgesetzt werden!

GISAD ist parteiunabhängig. Ausschließlich unter dem Blickwinkel der digitalen Transformation möchte GISAD die vordigitalen demokratischen Errungenschaften in die digitale Transformation übernehmen. Hierzu vergleicht GISAD die allgemein anerkannten Ziele der vordigitalen Gesellschaft mit ihrer derzeitigen Umsetzung in die Digitalisierung. Die im Vergleich mit der vordigitalen Zeit entstehenden Tendenzen werden auf die weitere Entwicklung für die Zukunft projiziert. Entstehen hierbei signifikante Abweichungen, dann versucht GISAD Vorschläge zu machen, um zielfernen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken.

Aktuell sind die am deutlichsten feststellbaren Fehlentwicklungen ein zunehmender Überwachungsstaat, eine zunehmende Gefahr der massenhaften Manipulationsmöglichkeit mittels IT. Gleichzeitig entsteht ein zunehmendes Ungleichgewicht zwischen den am Wertschöpfungsprozess Beteiligten zugunsten weniger Datenverwerter und Zugangsanbieter, welche den Zugang zu den Daten und Datenanalysen als Währung der Zukunft in Rechnung stellen.

Die Programmpunkte aller demokratischen Parteien kann man in „Der richtige Weg“, „Grundlagen für eine zufriedene Gesellschaft“ und „Demokratische Maxime“ unterteilen.

11.1. Demokratische Maxime am Beispiel Deutschlands

Untersucht man die Grundsatzprogramme aus 2017 der demokratischen Parteien, so stellt man fest, dass die Ziele sich nicht sehr voneinander unterscheiden. Es werden nur unterschiedliche Schwerpunkte aufgrund der Interessen der vertretenen Wählerzielgruppen und unterschiedlicher Meinung über Wege der Umsetzung definiert.

Lediglich in den Punkten der inneren und äußeren Sicherheit gibt es große Unterschiede zwischen CDU / CSU einerseits und SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und DIE Linke andererseits.

Selbstbestimmung

Nachhaltigkeit

Entfaltungsmöglichkeit

Demokratie

Gerechtigkeit

Souveränität

Fairness

Gleichheit

Freiheit

13.02.2017

© www.gisad.eu

Demokratische Maxime

Will man die Forderungen von GISAD hierzu positionieren, so ist GISAD wegen dem deutlich abweichenden Standpunkt zur inneren und äußeren Sicherheit zur

CDU/CSU nicht kompatibel. Die Durchsetzung von Überwachungsmaßnahmen, oft sogar gegen Gesetze der Europäischen Union, ist Treiber einer für die Demokratie brandgefährlichen Fehlentwicklung.

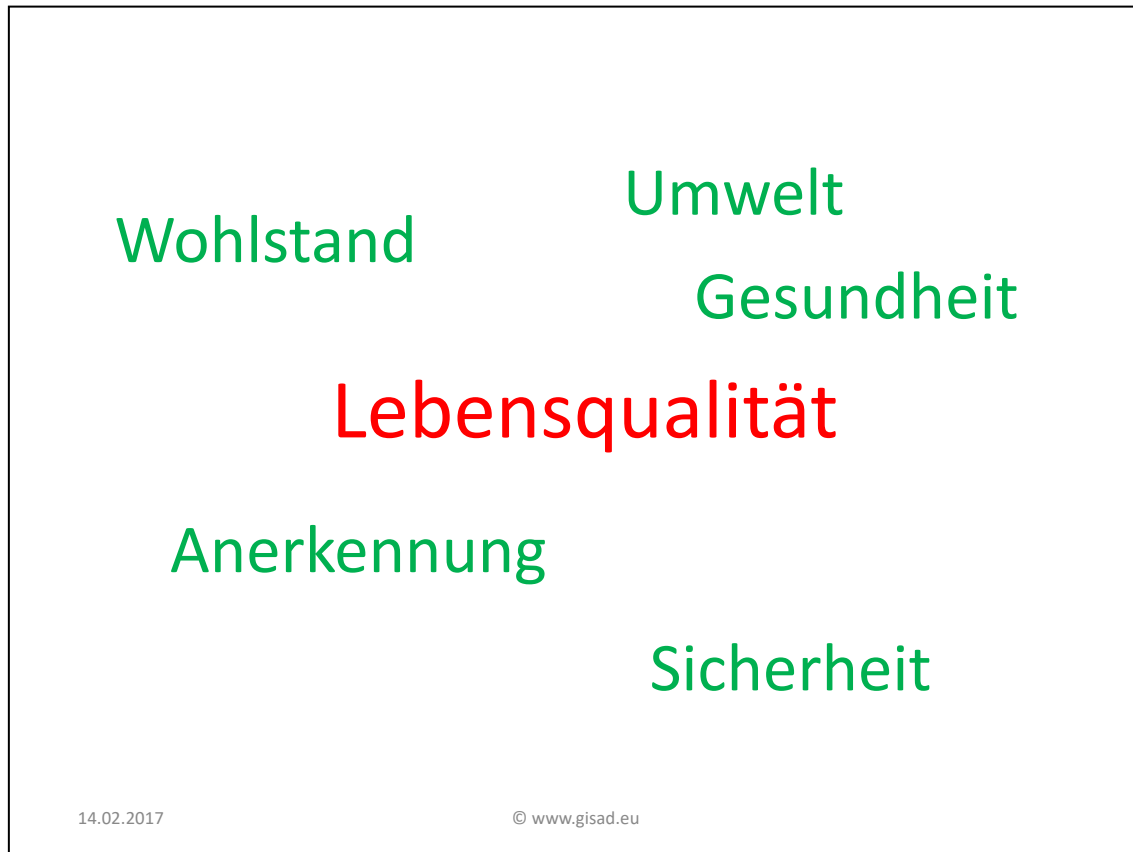
Vergleicht man die einzelnen Veröffentlichungen von GISAD mit den Forderungen der anderen oben genannten Parteien, so stehen die unterschiedlichen Schwerpunkte in der Regel nicht im Konflikt mit den GISAD-Forderungen. Vielmehr bieten die GISAD-Studien in den Grundsatzprogrammen noch nicht berücksichtigte Aspekte, welche konfliktfrei in die entsprechenden Parteiprogramme eingebaut werden können. Parteien, welche diese Aspekte berücksichtigen, haben ein gutes Fundament, um die digitale Transformation mit zu gestalten.

Zusammenfassend kann gesagt werden:

- Ein selbstbestimmtes Leben ist nur in Freiheit möglich.
- Nur wenn alle gleiche Rechte haben, besteht die Möglichkeit, dass jeder alle seine Möglichkeiten entfalten kann.
- Souverän kann nur handeln, wer sich auf Gerechtigkeit verlassen kann.
- Fairness bedeutet auch da, wo es keine Sanktionen oder nur ungenaue Regeln gibt, andere so zu behandeln, wie man auch selbst behandelt werden will.
- Wenn die Maxime nicht nachhaltig umgesetzt werden, fehlt das Vertrauen, welches für ein regelkonformes Verhalten die Voraussetzung bildet.

11.2. Grundlagen für eine zufriedene Gesellschaft

Lebensqualität definiert sich nicht alleine durch das eigene Einkommen und die eigene Gesundheit. Vielmehr sind wir immer Teil unserer Umwelt. Nur, wenn es unserer Umwelt gut geht, ist auch für uns eine akzeptable Lebensqualität



Die Grundlagen der Zufriedenheit

überhaupt möglich. Insofern müssen in die (in dieser Studie vorgestellte) AGS-Kennzahl ebenfalls globale Faktoren, wie Internationale Konflikte und ökologische Herausforderungen einfließen. Ein Unternehmen, welches sich im eigenen Land gesellschaftskonform verhält, aber durch sein Verhalten in anderen Ländern Kriege auslöst, bedroht auch die Sicherheit im eigenen Land.

Wohlstand wird nicht nur über den eigenen Wohlstand, sondern auch über den Wohlstand des einzelnen Stadtviertels, der Stadt, der Region und des Landes definiert. Gemäß der bereits in Kapitel 8 zitierten Vermächtnisstudie von „Die

Zeit“ will fast die Hälfte der Deutschen eine Obergrenze beim Einkommen. Das bedeutet aber nicht, dass eine Umverteilung von reich auf arm einfach so möglich wäre.

Wer einmal in einem Strukturwandel die tatsächlich von ihrem unmittelbaren Untergang bedrohten Besitzstandwahrer überzeugen wollte, sich radikal an den nötigen Veränderungen anzupassen, der weiß, dass der Versuch einer Umverteilung von Vermögen oder Einkommen von oben nach unten zu existenzbedrohenden Verwerfungen in der Gesellschaft führen würde.

Viele Besitzstandwahrer gehen eher unter, als sich zu verändern.

Jeder Politiker, der dies ernsthaft versuchen wollte, würde sehr schnell ausgewechselt. Schließlich wächst der Einfluss der besitzenden Teile der Gesellschaft auch bei entsprechendem Vermögen an.

Politische Lippenbekenntnisse in diese Richtung wurden in der Vergangenheit immer in der Realpolitik zurückgenommen.

Die Diskussion der Umverteilung hilft also nicht weiter und bildet eine einseitige Sichtweise eines Teils der Bevölkerung ab. Es ist vielmehr ein Anreizsystem zu schaffen, indem alle profitieren, wenn es allen Teilen der Gesellschaft gut geht. Das hier vorgestellte Bürgerbeteiligungskonzept, in dem alle Teile der Gesellschaft zum digitalen Wohlstand in Form von gut aufgearbeiteten digitalen Daten beitragen und später alle Teile gleichermaßen von den Daten profitieren, muss einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert besitzen.

Entsprechend ist die Politik aufgefordert, die Umsetzung von Bürgerbeteiligungsportalen zu priorisieren.

Hierbei ist auch das Problem der Anerkennung der Bevölkerungsteile gelöst, die bisher an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden. Wer anerkannt ist, wird nicht kriminell. Gesellschaftliche Randgruppen sorgen zudem für gesellschaftliche Unruhen und damit für eine empfundene Verschlechterung der Lebensqualität. Obwohl es uns heute so gut wie noch nie geht, fühlen wir uns subjektiv oft nicht so, weil in unserer Umwelt viele Bedrohungen vorhanden sind. Einige Bedrohungen nehmen wir erst heute durch die zunehmende Informationsvernetzung wahr.

Es ist ein generelles Umdenken nötig. Einfache Formeln wie „Unternehmen schaffen Arbeitsplätze“ sind nicht mehr zeitgemäß. Erfolgreiche Unternehmen wurden in der Vergangenheit zunehmend global und schafften Arbeitsplätze da, wo die Lohnkosten und Steuern niedrig sind.

Es müssen für die Besitzenden die richtigen Anreizsysteme geschaffen werden, gesellschaftsrelevant zu investieren. Das ist für alle Beteiligten wesentlich effektiver als eine Umverteilung mit der Brechstange.

Jeder Investor kann vom Erfolg der an der Börse gelisteten Unternehmen profitieren. Diese Art der Bürgerbeteiligung führt zwar bei richtigem Einsatz für die Investoren zu Gewinnen, hat aber immer weniger mit der eigenen Gesellschaft zu tun. Viele Unternehmenslenker fühlen sich auch nicht mehr einem bestimmten Land verantwortlich.

Ohne Protektionismus fördern zu wollen, hilft, wie bereits beschrieben, die Veröffentlichung landesspezifischer Kennzahlen über die Strukturelevanz für das einzelne Land dabei, den Bezug von Unternehmen zu einzelnen Ländern für Investoren deutlich zu machen.

Shareholder selbst sind von dem Land, in dem sie wohnen, abhängig. Zumindest gilt das, wenn sie nicht selbst wieder globale Unternehmen sind. Sie haben also ein fundamentales Interesse daran, in einer funktionierenden Gesellschaft zu leben.

Bei der derzeitigen Niedrigzinspolitik bleiben neben hoch riskanten Start-up-Investitionen heute nur die Investitionen in Aktien der meist global agierenden Unternehmen.

Alternativ gibt es noch die Möglichkeit, in gemeinnützige Organisationen zu investieren. Diese dürfen aber nur begrenzt wirtschaftlich ausgerichtet sein.

Das wiederum entspricht der Zielsetzung der AGS-Kennzahl nicht. Hier wird durchaus auch von einem wirtschaftlichen Erfolg ausgegangen. Nur die Anlaufkosten und Refinanzierungszeiten von Investitionen sind deutlich höher als bei normalen Wirtschaftsunternehmen. Die nachhaltige Investition in die eigene Gesellschaft führt im Optimalfall auf mittlere Sicht von ca. 10 Jahren betrachtet, dann für den Investor sogar zu einer höheren Rendite. Hierfür sind Investoren-Modelle mit ansteigenden Zinsen und spät einsetzender Tilgung zu überlegen.

Für Konzepte mit hoher AGS-Kennzahl müssen auf jeden Fall staatliche Anreize geschaffen werden, ob über 100% Finanzierung der benötigten Forschung, staatliche Bürgschaften oder Steuervergünstigungen für den Investor.

Neben der Auseinandersetzung zwischen den Zielen von Wirtschaft und Gesellschaft werden zunehmend auch die Auseinandersetzung zwischen Gesellschaft und Technik dominant. Technik wird zunehmend so entwickelt, dass sie Menschen unterdrückt, anstatt ihnen zu dienen. Auch eine sich dem Menschen unterordnende Technik muss positiv, Überwachungstendenzen negativ im AGS berücksichtigt werden.

Sicherheit wurde von GISAD schon unter vielen Aspekten beleuchtet und ist zentraler Treiber für die von GISAD gesetzten Schwerpunkte Anonymisierung und Dezentralisierung von IT-Strukturen.

Sicherheit steht im Zusammenhang mit allen anderen Grundlagen für eine zufriedene Gesellschaft. Eine zentralisierte IT mit zunehmender Vorratsdatenspeicherung und Sammlung persönlicher Datenprofile benutzt das nicht nachgewiesene Argument für mehr Sicherheit zum Beispiel in der Terrorismusbekämpfung, um die Überwachung ständig auszuweiten.

Treiber dieser Tendenzen sind Geheimdienste, die schon gemäß ihrem Namen weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit arbeiten.

Es besteht zwischen den Geheimdiensten ein Wettbewerb um die besten Datenanalysetools und um die meisten Daten.

Dieses Verhalten ist in der Außenspionage eines jeden Landes notwendig. Die innere Sicherheit kann aber gerade dadurch ausgebaut werden, dass durch dezentrale und anonyme Speicherung massenhafte Überwachung weder für fremde, noch für eigene Dienste möglich ist.

Das Thema Sicherheit wird derzeit noch nicht so heftig diskutiert, wie zum Beispiel gesellschaftliche Gleichberechtigung, weil die Auswirkungen auf die Freiheitsrechte für den Einzelnen noch nicht deutlich spürbar sind.

Die gesammelten Daten wachsen jedoch zu einer lebenslangen Überwachung jedes Details aus dem Leben Einzelner an. Durch ständig verbesserte Analyse-Tools können diese Daten dann beliebig zur Manipulation jedes Einzelnen benutzt werden. Ist ein solch totalitäres System erst einmal eingeführt, ist es fast nicht mehr rückgängig zu machen und führt zum langfristigen Verlust der Freiheitsrechte aller Bürger. Schließlich stimmt die derzeit betriebene Sicherheitsstrategie nicht mit den im Konsens von allen demokratischen Parteien gesetzten Maximen zur Freiheit der Bürger überein und ist schon deshalb abzulehnen.

11.3. Der richtige Weg

Wenn also über alle demokratischen Parteien hinweg ein grundsätzlicher Konsens darüber besteht, welche Maxime anzustreben sind, und wie sich eine zufriedene Gesellschaft definiert, dann muss es auch den einen richtigen Weg geben, um diese Ziele zu erreichen.

Der Weg zur digitalen Demokratie



13.02.2017

© www.gisad.eu

Parteien sind dann erfolgreich, wenn sie einen möglichst großen Teil der Bevölkerung von ihrem richtigen Weg mit echten nachhaltigen Argumenten überzeugen.

Im Wahlkampf 2017 werden erstmals die tatsächlichen und zu erwartenden gesellschaftlichen Veränderungen der digitalen Transformation sichtbar. Historisch gewachsene Wählergruppen finden sich bei ihrer Stammpartei nicht wieder, wenn diese den Veränderungen nicht Rechnung trägt.

Bisher werden die Bereiche Wirtschaft, Zukunft, Innovationen und Wachstum einerseits und Bildung, Engagement, Arbeit und Bürgerbeteiligung andererseits als zwei Bereiche gesehen.

Je nach Klientel stellen sich die Parteien auf eine der beiden Seiten und betrachten das Gesamtgeschehen von dieser Seite aus.

So wird historisch die CDU/CSU und die FDP eher auf der Seite der Wirtschaft und die SPD / Die Grünen / Die Linke eher auf der Seite der einzelnen Menschen gesehen. Die Argumente werden der Gruppe angepasst, welche der Partei am nächsten steht.

Kommt eine Partei in die Regierung, ist sie plötzlich vielen Sachzwängen durch alle gesellschaftlichen Gruppen ausgesetzt. So ist auch zu erwarten, dass Parteien mit unterschiedlichen Wahlprogrammen in der Regierung Entscheidungen treffen, die sich nicht wesentlich voneinander unterscheiden.

Im Rahmen der digitalen Transformation ist hier jedoch eine radikale Zäsur nötig. Die historisch sich entwickelten Argumente verschiedener Parteien berücksichtigen immer weniger die radikalen Veränderungen, in denen wir uns befinden und die uns noch bevorstehen.

Wenn es nicht zumindest einer demokratischen Partei gelingt, kompetente und einfache Lösungen für alle Teile der Gesellschaft vorzustellen, dann wird auch in Deutschland eine Frustwahl die Populisten stärken.

Insofern müssen Institute wie GISAD gefragt sein, welche ohne parteipolitische Scheuklappen Veränderungen analysieren und zu offensichtlich falschen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen versuchen, ganzheitliche Lösungen zu finden.

Ein dritter Bereich gerät hierbei zunehmend in den Blickpunkt, die autonome Technik. Diese wird oft unreflektiert von der Wirtschaft nach der Devise „Es wird gemacht, was machbar ist“ entwickelt. Technik soll ja auch in Zeiten der digitalen Dematerialisierung weitgehend menschliche Arbeit ersetzen. Dass der Mensch der einzige Konsument auf der Erde ist, findet hier wenig Beachtung. Anders als

bei den anderen beiden Bereichen kann es jedoch nicht darum gehen, Technik als Interessensgruppe zu vertreten. Es sollte außer Frage stehen, dass Technik, und sei sie noch so autonom, Hilfsmittel für den Menschen und nicht sein Beherrscher sein darf.

Will man alle Interessenlagen unter einen Hut bringen, dann reicht die Wirtschaft als Treiber von Innovationen und Zukunft nicht mehr aus. Es müssen vielmehr Konzepte geschaffen werden, in denen, wie als ersten Schritt durch die Bürgerbeteiligungsportale angeregt, Teile der Gesellschaft selbst zu Innovationstreibern werden.

Wenn mit autonomen Robotern in Zukunft jeder seine eigene Fabrik aufmachen kann, dann muss sich auch der Blickwinkel der Wirtschaftsförderung weg von der Förderung skalierbarer Geschäftsmodelle und hin zu kleinen regionalen Produktions- und Dienstleistungszentren entwickeln. Diese kleinen Unternehmen können jedoch nicht durch die AGS-Kennzahl abgebildet werden, weil sie für eine gesamtgesellschaftliche Veränderung zu unbedeutend sind. Es muss also ein Verfahren entwickelt werden, um viele kleine Unternehmen zu clustern und daraus eine Gruppenkennzahl zu entwickeln.

12. Berücksichtigung der Grundsatzprogramme demokratischer Parteien

Betrachtet man einmal die Forderungen der einzelnen Grundsatzprogramme¹⁷, dann fallen doch viele ähnliche Formulierungen auf. Die Grundsatzprogramme sind Ergebnis eines jeweils langen demokratischen Entscheidungsbildungsprozesses.

Es gibt hier viele Gemeinsamkeiten. Die klientelpolitischen Unterschiede werden oft nur beim genauen Lesen der Texte deutlich.

Im Folgenden wurden Forderungen der einzelnen Parteien gemischt. Die Aufzählung ist weder vollständig, noch genügt sie einer eindeutigen inhaltlichen Ordnung. Es geht vielmehr darum, die gemischten Texte der einzelnen Parteien auf sich wirken zu lassen.

Manche Forderungen wirken wie aus einer anderen Zeit. Oft handelt es sich um allgemeine Parolen, unter denen man nichts oder alles verstehen kann. Manchmal ist eine Formulierung aber auch sehr konkret.

- Freiheit und Sicherheit, Privatsphäre und Freiheit von Zwang, Freiheit braucht Sicherheit, umfassende Sicherheitspolitik, Verantwortung für Sicherheit und Frieden, Sicherheit in Freiheit, Sicherheit im Wandel, soziale Sicherheit, im demokratischen Sozialstaat;
- Erneuerung der globalen Marktwirtschaft, in der globalen dezentralen Transformation;
- Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, intelligenter Verbräuchen, Ökologie heißt Nachhaltigkeit, sparsamer Ressourcenverbrauch, Ökologie und Lebensstil, Energiewende und Schutz der Umwelt, sozial-ökologischer Umbau, Natur ist unser Leben;

¹⁷ FDP siehe <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2016/01/28/karlsruherfreiheitsthesen.pdf>
Grüne siehe http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Grundsatzprogramm-2002.pdf
SPD siehe https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/hamburger_programm.pdf
CDU siehe https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/080215-grundsatzprogramm-kurz_0.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=1919
Die Linke siehe https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm_ers-ter_entwurf/2017-01-14_bundestagswahlprogramm2017_erster_entwurf.pdf

- Aktive Bürger, starker Staat, Balance zwischen Bürger und Staat, Menschenrechte, Gewaltfreiheit;
- Sozialpolitik und Gerechtigkeit, friedliche und gerechte Welt, Sozialstaat als Partner- Bürgerschaftliches Engagement, Primat der Politik und Prinzip der Nachhaltigkeit, Soziale Demokratie, solidarische Bürgergesellschaft und demokratischer Staat;
- Konsequente Umsetzung der Gewaltenteilung – Selbstverwaltung der Justiz einführen;
- Technik und Menschen, Menschen übernehmen Verantwortung, Stärkung der individuellen Rechte;
- Chance Europa, Einheit in Vielfalt, Deutschlands Rolle in der Welt
- Freiheit des Einzelnen, Selbstentfaltung, Vielfalt, Bürgersouveränität, Selbstbestimmung verwirklicht Freiheit, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Überwindung jeglicher Form der Diskriminierung, Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit;
- Fairness und Verantwortung, keine Gleichmacherei, Teilhabegerechtigkeit, der vorsorgende Sozialstaat;
- Fortschritt durch Selbstbestimmung, bürgerliches Engagement, Selbstorganisation, Subsidiarität, gute Arbeit für alle;
- Solide Finanzen, von der Schuldenbremse zur Schuldenfreiheit;
- Sicherheit für den Staat, mehr Vertrauen in den Menschen als den Staat, Freiheit braucht Rechtsstaat, Staat ist Schiedsrichter des Marktes, nicht Mitspieler, Durchsetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, handlungsfähiger Staat und aktive Wirtschaftspolitik;
- Regionales Wirtschaften, Stärkung globaler und regionaler Kooperationen, moderne Dienstleistungspolitik, strategische und ökologische Industriepolitik;
- Verantwortung, Solidarität, Nachhaltigkeit;
- Wachstum braucht Innovationen durch Wissen, Forschung und Technik, Wissensökonomie, nachhaltiger Fortschritt und qualitatives Wachstum, Wissen und Ideen als Produktivkräfte;

- Wirtschaft und Ökologie, Wirtschaft und Gerechtigkeit, Wirtschaft und Selbstbestimmung, Wirtschaft und Demokratie, Demokratie und Politik;
- Freiheit und Wachstum brauchen Ordnungsrahmen, Mitbestimmung der Gewerkschaften, starke Mitbestimmung;
- Geistiges Eigentum muss geschützt, seine Nutzung möglich sein, Unabhängigkeit der Medien, Wissensproduktion und Urheberrecht;
- Eigentumsfrage und Wirtschaftsdemokratie, Solidarökonomie;
- Möglichkeit des sozialen Aufstiegs, gleichberechtigte Teilhabe, Zugangsrecht zum Arbeitsmarkt;
- Bildung führt zu Mündigkeit und ist Voraussetzung für die Bürgergesellschaft;
- Bürgergeld, Sozialer Ausgleich, armutsfeste solidarische Rente für alle.

Es stellt sich die Frage, ob ein Verfahren entwickelt werden kann, welches den Forderungen der einzelnen Parteien einen bestimmten Faktor zuordnen kann.

Es müsste zwischen über die Parteien hinweg gültige Forderungen und Forderungen für ein bestimmtes Wählerklientel unterschieden werden.

Wählerklientelforderungen dürften nur im Verhältnis der Wähler einer Partei zur wahlberechtigten Bevölkerung berücksichtigt werden.

Aus den Faktoren aller Forderungen könnte eine Basis für die Ermittlung der positiven gesellschaftlichen Relevanz (PR) und der negativen gesellschaftlichen Relevanz (NR) ermittelt werden. Da Gesellschaften sich ständig weiterentwickeln, würden die Werte an politische Veränderungen angepasst.

Wenn man dann noch mit Hilfe von KI die zuzuordnenden Ergebnisse der Bürgerbeteiligungsportale berücksichtigen könnte, würde eine sehr genaue, jährlich im Unternehmen anzupassende Kennzahl entstehen. Diese würde das unternehmerische Risiko minimieren, vom Konsumenten nicht als gesellschaftskonform akzeptiert zu werden oder wichtige Teile möglicher Zielgruppen nicht zu berücksichtigen.

Alle GISAD Studien bis Ende 2016 sind in den Bauplan eingeflossen.

Weitere Informationen hierzu erhalten Sie unter <http://gisad.eu/der-bauplan/>.



Studien aus 2017



[Weitere Informationen](#)



[Ab Herbst 2017](#)

[Weitere Informationen](#)